

Belke, Ansgar; Baumgärtner, Frank

**Article**

## Fiskalische Transfermechanismen und asymmetrische Schocks in Euroland

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Belke, Ansgar; Baumgärtner, Frank (2002) : Fiskalische Transfermechanismen und asymmetrische Schocks in Euroland, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 71, Iss. 3, pp. 384-399, <https://doi.org/10.3790/vjh.71.3.384>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99261>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Fiskalische Transfermechanismen und asymmetrische Schocks in Euroland

Von Ansgar Belke\* und Frank Baumgärtner\*\*

**Zusammenfassung:** Die Diskussion über die Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks in Europa hat trotz Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion an Aktualität nicht verloren. In diesem Beitrag wird daher die Frage gestellt, welche fiskalischen Anpassungsmechanismen geeignet sind, solche asymmetrischen Schocks aufzufangen. In einem ersten Schritt werden die bestehenden marktlichen Instrumente betrachtet. Insbesondere wird die Rolle der internationalen Arbeitskräftemobilität sowie der Flexibilität relativer regionaler Preise thematisiert. Im Rahmen der Arbeit wird anschließend auf die institutionellen Anpassungsmechanismen näher eingegangen. Dabei werden in einem zweiten Schritt die Rolle automatischer Stabilisatoren, mögliche Stabilisierungseffekte des EU-Budgets, Auswirkungen der EU-Strukturförderung und schließlich Möglichkeiten eines europäischen Finanzausgleichs untersucht. Neben diesen automatischen institutionellen Mechanismen werden abschließend diskretionäre Bekämpfungsmöglichkeiten asymmetrischer Schocks, vor allem nationale Fiskalpolitiken sowie diskretionäre Transfers aus dem EU-Budget, unter dem Stichwort „Stabilisierungsfonds“ angesprochen.

**Summary:** The public discussion about the probability of asymmetric shocks in Europe has not lost any of its topicality since the start of European Economic and Monetary Union. Hence, this paper asks which mechanisms of adjustment are in principle suitable for the compensation of such asymmetric shocks. Chapter one is dedicated to the existing market-based instruments; a special emphasis is given to the role of international labour mobility as well as to the flexibility of relative regional prices. In the next two chapters, this contribution examines institutional mechanisms of adjustment; chapter two analyses the role of automatic stabilizers, the possible stabilizing effects of the EU budget, the consequences of the EU structural aid and finally the merits and probabilities of setting in place a European system of fiscal equalisation. Chapter three is dedicated to the discussion of discretionary mechanisms against asymmetric shocks, mainly national fiscal policies and discretionary EU budget transfers (e. g., the stability fund).

### 1 Einführung

Einige Euro-Kritiker sind der Meinung, dass sich die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion nicht dauerhaft behaupten wird, da sie nicht mit ökonomischen Schocks umgehen kann, die nur einige der Mitgliedsländer betreffen. Der 90-jährige Ökonom Milton Friedman sagte z. B. der Europäischen Währungsunion im Interview mit dem Wirtschaftsmagazin *Capital* (Ausgabe 15/2002) ein baldiges Ende voraus: „Euro-Land bricht in 5 bis 15 Jahren auseinander.“

\* Universität Hohenheim (520E), 70599 Stuttgart, E-Mail: belke@uni-hohenheim.de.

\*\* Universität Hohenheim (520E), 70599 Stuttgart, E-Mail: fbaumgar@uni-hohenheim.de.

In diesem Beitrag wird deshalb die Frage gestellt, welche fiskalischen Anpassungsmechanismen geeignet sind, solche asymmetrischen Schocks aufzufangen. Nach einführenden Anmerkungen zur Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks wird im ersten Kapitel zunächst die Frage diskutiert, ob hierfür überhaupt marktliche Instrumente zur Verfügung stehen. Es schließt sich eine Prüfung weiterer potentieller Schock-„Absorber“ an. Dabei werden zunächst in Kapitel 2 die Rolle automatischer Stabilisatoren, mögliche Stabilisierungseffekte des EU-Budgets, Auswirkungen der EU-Strukturförderung und schließlich Möglichkeiten eines europäischen Finanzausgleichs untersucht. Neben diesen automatischen institutionellen Mechanismen werden dann im dritten Kapitel diskretionäre Möglichkeiten der Absorption asymmetrischer Schocks, insbesondere nationale Fiskalpolitiken sowie diskretionäre Transfers aus dem EU-Budget (Stichwort „Stabilisierungsfonds“), betrachtet. Ein Ausblick auf die weitere Forschung schließt die Arbeit ab.

Wie wahrscheinlich sind asymmetrische Schocks bei einer einheitlichen europäischen Geldpolitik noch? Lässt sich nachweisen, dass deren Bedeutung gering ist, könnte berechtigt gefragt werden, warum überhaupt über nationale Fiskalpolitiken nachgedacht werden sollte. Klar ist jedenfalls, dass eine eigenständige Quelle asymmetrischer Schocks, die intra-europäische Wechselkursvolatilität innerhalb der Eurozone, seit einigen Jahren entfällt (Belke und Gros 2001). Eines der verbleibenden Bedenken gegen die EWWU besteht jedoch darin, dass die „one-size-fits-all“-Geldpolitik einem so heterogenen Währungsraum wie der EWWU-12 nicht gerecht werden könne. Die in den einschlägigen vor der Einführung des Euro angefertigten Studien diesbezüglich implizit getroffene Annahme, die an der EWWU teilnehmenden Volkswirtschaften seien für sich genommen homogene Einheiten, scheint jedoch nicht gerechtfertigt zu sein (Dornbusch, Favero und Giavazzi 1998).<sup>1</sup>

Die allgemeine Befürchtung hoher Kosten einer einheitlichen Geldpolitik für ein heterogenes Währungsgebiet gründet sich auf zwei Aspekte: Erstens könnte die Ausrichtung der gemeinsamen Geldpolitik nicht für alle EWWU-Teilnehmer optimal sein, da sie sich jeweils in unterschiedlichen Phasen des Konjunkturzyklus befinden. Zweitens könnte die gemeinsame Geldpolitik unterschiedliche Effekte in Ländern bzw. Regionen entfalten, die unterschiedliche Finanzmarkt- und realwirtschaftliche Strukturen aufweisen. Beide Fragestellungen wurden von den Verfassern in einigen Vorarbeiten genauer untersucht und wie folgt beantwortet (Belke und Gros 1998, Belke, Eppendorfer und Heine 2002, Belke 1999, Belke und Kösters 2000).

Die Wachstumsraten und die Outputlücken der meisten EWWU-Mitgliedsländer sowie das dynamische Profil der Konjunkturzyklen sind bereits im Vorfeld der EWWU einander so ähnlich geworden, dass es immer schwieriger fallen dürfte zu behaupten, es existierten noch bedeutsame Unterschiede zwischen den nationalen Konjunkturzyklen.<sup>2</sup> Ein Teil der noch verbleibenden langfristigen Unterschiede der Wachstumsraten ist ohnehin erwünscht, um ärmeren Teilnehmerländern ein Aufschließen zu ermöglichen. Darüber hinaus zeigen bereits Frankel und Rose (1998) sowie andere Autoren empirisch, dass weniger Wechselkursvariabilität zu einem weiteren Anstieg des (intra-industriellen) Außenhandels führen und mit einer erhöhten Synchronisierung der Konjunkturzyklen einhergehen kann (Rose 1998: 59; für empirische Evidenz Belke und Heine 2001).

<sup>1</sup> Vgl. für einen aktuellen systematischen Überblick Belke, Eppendorfer und Heine (2002).

<sup>2</sup> Vgl. als frühe, bereits zum Zeitpunkt der Schaffung der EWWU vorliegende Quellen Christodoulakis, Dimelis und Kollintzas (1995), Fatás (1997) und Rose (1998).

Asymmetrische Schocks könnten aber immer noch durch unterschiedliche Effekte einer einheitlichen Geldpolitik entstehen. Diese können erstens auf Unterschiede der Finanzmarktstrukturen und zweitens auf realwirtschaftliche Strukturmerkmale in den Teilnehmerländern zurückgeführt werden. Zuerst sei hier auf Unterschiede der Finanzmarktstrukturen innerhalb der Eurozone eingegangen. Da sich in der Tat über die EWWU-Länder hinweg qualitative Unterschiede hinsichtlich der Finanzmarktstrukturen (die Rolle der Banken, der Umfang der Konsumentenverschuldung, ob die Kreditaufnahme zu festen oder variablen Zinsen erfolgt etc.) feststellen lassen, folgern viele Autoren, dass man deshalb auch Unterschiede im geldpolitischen Transmissionsprozess erwarten sollte (Mojon 2000). Die Betonung von Unterschieden zwischen den nationalen Finanzmarktstrukturen als dem Hauptgrund für zukünftige „differential effects of a common policy“ ist jedoch schwer nachzuvollziehen, da die Finanzmarktstrukturen seit der Einführung des Euro mehrheitlich konvergieren (für Details vgl. Belke, Eppendorfer und Heine 2002). Diese Anpassung sollte zudem deutlich schneller erfolgen als Änderungen der nationalen Strukturen des realen Sektors. Angeloni und Dedola (1999: 11) pointieren diese Aussagen wie folgt: „... EMU is likely to induce structural changes in areas that are crucial for determining the size and speed of monetary policy transmission ... these changes will go in the direction of reducing any differences in the transmission mechanisms ...“

Das zweite Hauptargument dafür, dass eine gemeinsame Geldpolitik in der EWWU unterschiedliche Effekte für Teile der Euroregion haben könnte, sind Unterschiede hinsichtlich der realwirtschaftlichen Strukturen. Diese Argumentationslinie ist dabei bedeutsamer als Unterschiede zwischen Finanzmarktstrukturen. Da sich diese Unterschiede realer ökonomischer Strukturen zwischen Regionen innerhalb von Mitgliedsländern als genauso bedeutsam erweisen wie auf der nationalen Ebene über Mitgliedsländer hinweg, fügt die EWWU dem vermeintlichen Problem einer vereinheitlichten Geldpolitik nichts Wesentliches hinzu. Denn dieses Problem existierte wie auch andere Probleme der Eurozone, z. B. die Eurosklerose auf Arbeitsmärkten, offensichtlich bereits lange vor Beginn der EWWU. Regionale Auswirkungen einer gemeinsamen Geldpolitik können jedoch prinzipiell kein Argument gegen die EWWU sein, da Regionen, d. h. Räume mit hoher Arbeitskräftemobilität, offensichtlich kleiner als Länder im Sinne politisch definierte Nationen sind. Länder sind eben keine homogenen Einheiten (Rose 1998: 58, Belke 1998).

Die Quintessenz der vorstehenden Überlegungen ist, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks nicht breit und ohne Einschränkungen fundiert werden kann. Wenn überhaupt, dann sind es Schocks, die schon vor Gründung der EWWU innerhalb der Nationen auf Regionalebene relevant waren. Hieraus folgt direkt, dass die Schaffung der EWWU nicht dazu zwingt, neu über die Sinnhaftigkeit einer nationalen Fiskalpolitik nachzudenken. Die hohe Bedeutung dieser Implikation gebietet es, die regionale Dimension asymmetrischer Schocks genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die Argumente in der Literatur, darunter auch die bisher vorgelegten Arbeiten der Verfasser, haben gezeigt, dass man bei der Prüfung eines vermeintlichen Bedarfs an finanzpolitischen Anpassungsmechanismen deutlicher als viele politische Instanzen, z. B. das Europäische Parlament, zwischen der regionalen und der nationalen Dimension asymmetrischer Schocks unterscheiden sollte.<sup>3</sup> Diese Einschätzung betont die Wichtigkeit einer disaggregierten Analyse (Forni und Reichlin 1997: 14 ff.). Sie beinhaltet gleichzeitig deutliche Im-

<sup>3</sup> Vgl. den von Metten (1998) vorgelegten Bericht sowie Forni und Reichlin (1997).

pplikationen für einen Vorschlag für EU-Schock-Anpassungsinstrumente bzw. für die Diskussion eines möglichen fiskalischen Transfermechanismus. Nach Belke und Gros (1998) ist es sehr unwahrscheinlich, dass einer von den hinreichend diversifizierten Mitgliedstaaten der EWWU von einem im Kern politikunabhängigen nationalen Schock getroffen wird. Die Fähigkeit, nationale Wechselkurse variieren zu können oder eine länderspezifische Geldpolitik zu betreiben, sind bei der Absorption derartiger Schocks von geringem Wert. Ein Hauptgrund für asymmetrische Schocks könnten jedoch deutliche Unterschiede der nationalen Lohnverhandlungsverfahren sein. Allerdings sind diese, zumindest teilweise, abhängig von der aktuellen institutionellen Gestalt der Geld- und Fiskalpolitik. Insofern könnten sich prinzipiell unter dem Regime einer einheitlichen Geldpolitik beschäftigungsfördernde Lohnverhandlungsregimes herausbilden.

Hierauf richteten sich zu Beginn der EWWU große Hoffnungen. Allerdings hat der Euro gerade in dieser Hinsicht bisher enttäuscht. Sie können ohnehin prinzipiell vom privaten Sektor angepasst werden, falls sie sich für die EWWU als nicht geeignet erweisen (Gros und Thygesen 1998: 278). Es existiert deshalb ein potentieller, noch genauer zu definierender Bedarf an Mechanismen innerhalb der Euroregion, um den Einflüssen asymmetrischer Schocks auf relative Einkommen, relative Beschäftigung und das relative Wachstum zu begegnen. Letztere können in der EWWU sogar noch gravierender werden. Die Kapitalmobilität als ein „Shock-absorber“ ist nicht kostenlos (Belke und Gros 1998: 282).

Wie im Rahmen der Theorie optimaler Währungsräume häufig betont wird, sollten die Teilnehmer an einer gemeinsamen Währung über effiziente Mechanismen verfügen, um sich hinreichend an asymmetrische Schocks anpassen zu können. Diese Mechanismen werden üblicherweise in zwei Kategorien unterteilt: marktliche Anpassungsmechanismen und institutionelle Mechanismen der öffentlichen Intervention, darunter hauptsächlich Fiskaltransfers (Begg et al. 1998: 11). Im Folgenden sollen nun mögliche Schock-„Absorber“ diskutiert werden.

## 2 Marktliche Anpassungsmechanismen

Stünden genügend marktliche Anpassungsmechanismen zur Verfügung, so stellte dies ebenfalls einen Grund dafür dar, über die nationale Fiskalpolitik nicht nach dem Beginn der EWWU neu nachdenken zu müssen. Über welche marktkonformen Anpassungsmechanismen verfügt die Eurozone gegenwärtig? Wie weit tragen sie?

Es wird häufig argumentiert, dass die internationale Arbeitskräftemobilität als ein marktbasierter Anpassungsmechanismus zu einem Schlüsselparameter werde, wenn der Wechselkurs als ein Anpassungsmechanismus nicht mehr zur Verfügung stehe. Es zählt jedoch mittlerweile zu den stilisierten empirischen Fakten schlechthin, dass die internationale Mobilität des Faktors Arbeit innerhalb der Eurozone im Vergleich mit den USA eher gering ausfällt.<sup>4</sup> Allerdings ist bei dieser Aussage sorgfältig zu differenzieren: Erstens kann

<sup>4</sup> Vgl. die klassische Studie von Blanchard und Katz (1992) und, basierend auf derselben Methodologie, Decessin und Fatás (1995). Einige spätere Studien scheinen diese Ergebnisse zu stützen. Eichengreen (1993) zeigt, dass die Elastizität der interregionalen Arbeitskräftewanderungen in Bezug auf interne Löhne und Beschäftigungsdifferenziale in Großbritannien und Italien geringer als in den USA ausfällt. Gemäß den auf Eurostat-Daten basierenden Ergebnissen von Pelagidis (1996) betrug die Migration innerhalb der EU 1995 durchschnittlich weniger als 1 % der gesamten Bevölkerung, verglichen mit ca. 3 % für die USA.

Greenwood (1975: 1985) die Hypothese empirisch ablehnen, dass die Höhe der regionalen Arbeitslosigkeit an sich einen signifikanten Erklärungsbeitrag für interregionale Migrationsströme in den USA liefert. Zweitens fehlt es bisher an Untersuchungen darüber, in welchem Umfang die Einheitswährung die Arbeitskräftemobilität innerhalb der USA erleichtert hat. Drittens wird zukünftig, als Folge neuer Technologien, berufliche Mobilität anstelle der geographischen Mobilität für das Funktionieren der EWWU wichtiger werden (Patterson und Amati 1998: 20). Viertens bedeutet das oben dargestellte Resultat einer geringeren Arbeitskräftemobilität in der EU kein zusätzliches Problem für die EWWU, da gleichzeitig eine ebenfalls geringe interregionale Arbeitskräftemobilität in den vor dem Start der EWWU existierenden kleineren einzelnen „Währungsunionen“, die jeweils einzelnen EU-Volkswirtschaften entsprachen, zu verzeichnen war.

Internationale Arbeitskräftebewegungen innerhalb Europas haben mittlerweile eine Dimension erreicht, die mit der interregionalen Migration innerhalb der Mitgliedsländer vergleichbar ist (Gros und Thygesen 1998: 284 f., Obstfeld und Peri 1998, Patterson und Amati 1998: 41 ff.). Folglich wurden die Probleme, mit denen bereits existierende Währungsunionen wie Deutschland, Italien, Spanien und Belgien konfrontiert waren, durch den Beginn der EWWU kaum berührt, obwohl die interregionale Mobilität in der Eurozone ebenfalls nur gering ausgeprägt ist.

Eine weitere für das Ausmaß der interregionalen Migration bedeutsame Frage ist, ob die EWWU für genügend Anreize sorgt, einige der in der EU existierenden Rigiditäten relativer Preise und Löhne zu reduzieren. In der Tat ist mehr Flexibilität relativer regionaler Preise und Löhne sogar im Vergleich zu relativen internationalen Preisen wünschenswert.<sup>5</sup> Zu diesem Zweck könnten Reformen des Wohnungs- und Häusermarktes als Schlüsselemente zur Flexibilisierung von Arbeitsmärkten durch mehr Migration durchgeführt werden. Durch eine Forcierung der Migration zwischen Regionen könnte die bisher mangelnde interregionale Differenzierung der Löhne erreicht werden. Denn einige Studien legen eine negative Beziehung zwischen dem privaten Bestand an zu vermietenden Häusern einerseits und der fehlenden Flexibilität der relativen Löhne zwischen Regionen der EU-Länder andererseits nahe (Oswald 1997).

Im Hinblick auf den Einfluss der EWWU auf die Wahrscheinlichkeit von Arbeitsmarktformen ist die Literatur bisher noch nicht zu einheitlichen Schlussfolgerungen gekommen (Belke und Kamp 1999, Calmfors 2001, Grüner und Hefeker 1999, Rose 1998). Auch dreieinhalb Jahre nach dem Beginn der EWWU erscheinen die EU-Arbeitsmärkte – wie weiter oben schon betont – nicht hinreichend flexibel zu sein, um mehr berufliche Mobilität zu bewirken und Schocks innerhalb der EWWU effizienter als vorher zu absorbieren. Allerdings geht ein Großteil der Debatte über den Bedarf an mehr Arbeitsmarktflexibilität in der EWWU am Thema vorbei, denn die Effektivität der Wechselkursflexibilität als alternativen Anpassungsinstrumentes selbst ist seit Jahrzehnten äußerst umstritten.<sup>6</sup> Das heißt aber, dass der Verlust der innereuropäischen Wechselkursflexibilität nicht zwingend einen zusätzlichen Einsatz der nationalen Fiskalpolitik erfordert.

<sup>5</sup> Dies wird von Obstfeld und Peri (1998) sowie von Fatás (1998) deutlich zum Ausdruck gebracht.

<sup>6</sup> Für die einschlägige Literatur vgl. Belke und Gros (2001) sowie Gros und Thygesen (1998: 223 ff.). Beispielsweise zweifelt Obstfeld (1985) daran, dass im Lichte der Reallohnrigidität in der EU Abwertungen der effektivste Mechanismus sind, um asymmetrische Schocks zu stabilisieren.

Nach der Diskussion der marktlichen Absorptionsmechanismen asymmetrischer Schocks kann nun die Frage gestellt werden, welche institutionellen fiskalischen Anpassungsmechanismen innerhalb der Eurozone zur Verfügung stehen. Bereits im Delors-Report und später auch von Autoren wie Feldstein wurde gemahnt, die EWWU benötige gewichtige fiskalische Anpassungsinstrumente an asymmetrische Schocks. Institutionelle Mechanismen, um Ressourcen zu transferieren, können automatischer oder diskretionärer Natur sein. Möglichkeiten zur Kritik bestünden gemäß den vorstehenden Argumenten natürlich immer bereits dann, wenn diese Mechanismen ausschließlich national und nicht regionenorientiert sind.

### 3 Automatische institutionelle Anpassungsmechanismen

#### 3.1 Automatische Stabilisatoren

Die so genannten automatischen Stabilisatoren resultieren aus der Überlegung, dass in einem konjunkturellen Abschwung die Steuerbelastung für Beschäftigte, Konsumenten und Unternehmen sinkt. Die öffentlichen Einnahmen fallen entsprechend. Zudem erhöhen sich bei steigender Arbeitslosigkeit die Ausgaben der Arbeitslosenunterstützung automatisch ohne spezielle Beschlüsse der Regierung. Analog wirken die Stabilisatoren in einer Aufschwungphase. Dies führt zu einer Glättung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Zeitablauf.

Warum können die automatischen Stabilisatoren eigentlich nicht in den Reigen der schockabsorbierenden Instrumente, die in den Mitgliedsländern in signifikantem Umfang verfügbar sind, aufgenommen werden? Berechnungen von Gros und Thygesen (1998: 356 f.) zeigen deutlich, dass automatische Stabilisatoren, die im Bericht von Metten (1998) an das Europäische Parlament durchgehend betont werden, nur einen kleinen Anteil der Variabilität der Fiskalpolitik in EU-Volkswirtschaften erklären können. Deshalb scheint die im Parlamentsbericht formulierte Kritik am Stabilitätspakt, dass dieser den automatischen Stabilisatoren keinen hinreichenden Spielraum gebe, stark überbetont worden zu sein. Darüber hinaus deuten Forschungsergebnisse von Mélitz (1997) und anderen Autoren an, dass automatische Stabilisatoren in der Realität nicht relevant sind. In einem Sample von 19 OECD-Ländern (einschließlich der EU-Länder) über die letzten Jahrzehnte erweisen sich die öffentlichen Ausgaben als stark prozyklisch: Zu gravierenden Erhöhungen der Defizite kam es oft dann, wenn die Volkseinkommen überdurchschnittlich wuchsen. Die gegenwärtig vorliegende internationale Evidenz legt zwar nahe, dass zeitlich befristete Transfers eine „fiscal insurance“ gegen temporäre asymmetrische Schocks einen grundlegenden Bestandteil existierender Währungsräume darstellen. Jedoch ist das Ausmaß der tatsächlichen Versicherungs- bzw. Stabilisierungswirkung im Verhältnis zur reinen Umverteilungswirkung nicht wirklich hoch.<sup>7</sup>

Auch die Befürchtung etwa, dass die automatischen Stabilisatoren die 3%-Grenze des Defizitkriteriums des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gefährden könnten, kann verneint werden. Verschiedene Berechnungen (etwa Giorno et al. 1995, Kommission der EG 1997) zeigen, dass ein Land mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt (Defizit unter 1 % des

<sup>7</sup> Für eine systematische Literaturübersicht vgl. Kletzer und von Hagen (2000: 5 ff.).

BIP) während „normaler“ konjunktureller Zeiten die automatischen Stabilisatoren arbeiten lassen kann, ohne die Kriterien des Stabilitätspaktes zu verletzen. Zudem kann nicht argumentiert werden, dass der Konjunkturzyklus die hauptsächliche Determinante für Haushaltsdefizite ist.

Da die automatischen Stabilisatoren nach von Hagen und Mundschenk (2002) die problematische strategische Interaktion der Fiskalpolitiken untereinander sowie von Geld- und Fiskalpolitiken nicht aus der Welt schaffen und folglich nicht das alleinige Mittel der Fiskalpolitik (z. B. zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks) sein sollten, ist in der kurzen bis mittleren Frist eine Koordinierung der Fiskalpolitiken vonnöten. Denn eine Reduzierung der Fiskalpolitik auf die Steuerung der automatischen Stabilisatoren würde die gesamtwirtschaftliche Produktion destabilisieren und implizieren „... that countries will compete for aggressiveness of optimal automatic stabilizers due to the implied reaction of monetary policy“ (von Hagen und Mundschenk 2002: 13).

Der Vollständigkeit halber seien hier nun noch zwei weitere automatisch wirkende institutionelle Anpassungsmechanismen genannt:

1. *Stabilisierungswirkung durch das EU-Budget.* Es besteht überwiegend Einigkeit darüber, dass das gegenwärtige EU-Budget längst nicht in dem Maße automatische Transfers bereitstellen und somit einen ähnlich effizienten Anpassungsmechanismus repräsentieren kann wie das „Federal Budget“ in den USA. Neben dem geringen Volumen des EU-Budgets kann dieses auch deshalb keine Stabilisierungswirkung entfalten, weil es durch Einnahmen zustande kommt, die kaum konjunktur reagibel sind. Zwar richten sich die Beiträge der Mitgliedstaaten nach dem BSP und dem Umsatzsteueraufkommen, jedoch werden die konjunkturellen Schwankungen dieser Größen über die Errechnung der Beiträge und die Veränderung des EU-Budgets nur in geringerem Ausmaß, zeitlich verzögert und nicht zielgerichtet übertragen.
2. *Strukturförderung.* Die Art und Weise, in der die Strukturfonds gegenwärtig organisiert sind, machen eine Beschleunigung oder eine Verzögerung von Auszahlungen (bereits aus technischer Sicht) unmöglich. Die langfristigen wachstumspolitischen Zielsetzungen des Instruments stehen hier eindeutig im Vordergrund. Auch diese beiden fiskalpolitischen Instrumente können also keinen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks liefern.

### 3.2 Europäischer Finanzausgleich

Da eine signifikante Erhöhung des Budgets der EU-Kommission politisch nicht durchsetzbar erscheint, könnte als Alternative ein europäischer Finanzausgleich ähnlich dem deutschen Länderfinanzausgleich zur makroökonomischen Stabilisierung im Falle asymmetrischer Schocks infrage kommen. Der automatische und nichtdiskretionäre Charakter eines derartigen Systems – so seine Befürworter – erhöhe die Glaubwürdigkeit des Versprechens, Transfers in die von asymmetrischen Schocks betroffenen Regionen zu leisten (Kletzer und von Hagen 2000: 2).

Es ergeben sich jedoch aus vielfältigen Gründen auch hier Probleme (Caesar 2001). Zunächst stößt der Gedanke einer supranationalen Stabilisierungskompetenz der EU auf Widerstand



der Nationalstaaten. Doch auch wenn diese Idee akzeptiert werden würde, stellt sich die Frage, ob nicht eine Koordination der nationalen Stabilisierungspolitiken einer Vergemeinschaftung dieses Bereiches aus ökonomischen Erwägungen vorzuziehen ist.<sup>8</sup> Zudem wird befürchtet, dass ein solcher Stabilisierungsmechanismus auf europäischer Ebene nur die Symptome makroökonomischer Probleme bekämpfen kann, indem er die existierenden Ungleichgewichte finanzieren würde. Die Folge wären fehlende Anreize, da Strukturreformen auf Güter- und Arbeitsmärkten und somit notwendige Anpassungsprozesse verzögert oder gar verhindert würden und auch die Abhängigkeit von Transferzahlungen zumindest nicht sinken würde.<sup>9</sup> Schließlich müsste ein europäischer Finanzausgleich – gemäß den Ausführungen der Verfasser in Vorläuferstudien – auf Regionen und nicht auf mitgliedstaatliche Ebenen bezogen sein, um (regionalen) asymmetrischen Schocks entgegenzutreten zu können. Für ein solches regional ausgerichtetes Transfersystem müssen jedoch wiederum Überlegungen angestellt werden in Bezug auf die Ausgestaltung eindeutiger Regeln des Ausgleichsmechanismus (insbesondere im Hinblick auf die Auswahl der angelegten Kriterien sowie eine Begrenzung des Ausgleichsvolumens zur Verhinderung von „moral hazard“), die politische Durchsetzbarkeit sowie die tatsächliche Realisierung.

Aus der Sicht von Belke und Gros (1998) lässt sich keine Notwendigkeit herleiten, einen neu konstruierten Mechanismus zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks einzuführen. Die Existenz eines formalen Mechanismus mit Regeln für die Finanzierung, das konditionale Ausmaß der Transfers etc. würde nahe legen, dass er erfahrungsgemäß regelmäßig genutzt würde und deshalb „moral hazard“ herbeiführen würde, insofern als Länder mehr Risiken eingehen würden (Fatás 1998: 252; für weitere Details Belke und Gros 1998).<sup>10</sup>

#### 4 Diskretionäre institutionelle Anpassungsmechanismen

Potentielle Schlüsselinstrumente zur Anpassung an asymmetrische Schocks sind diskretionäre nationale Fiskalpolitiken und diskretionäre Transfers aus dem EU-Budget.

##### 4.1 Nationale Fiskalpolitik

Im Hinblick auf das erste Instrument der diskretionären Fiskalpolitik kann nach den Ausführungen in den Kapiteln 1 und 2 (insbesondere auch zu den automatischen Stabilisatoren, zur Ausgleichswirkung des EU-Budgets sowie zur Möglichkeit eines Europäischen Finanzausgleichs) konstatiert werden, dass nationale Fiskalpolitik das einzig verbleibende Politikinstrument ist, um asymmetrische Schocks wirksam bekämpfen zu können und folglich eine Koordination der europäischen Fiskalpolitiken notwendig wird. Diese Koordinationsaufgabe soll gemäß Artikel 99 EGV der ECOFIN-Rat übernehmen. Zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks wäre grundsätzlich eine zu starke rechtliche Beschränkung nicht angemessen. Die Frage nach Grenzen für die nationale Fiskalpolitik ist im Artikel 104 EGV für die EU-Mitgliedstaaten beantwortet. Die Flexibilität wird durch das fiskalische Konver-

<sup>8</sup> Siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 4.

<sup>9</sup> Die Erfahrungen mit dem föderalen Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland zwischen bundesstaatlicher und Länderebene legen solche Vermutungen nahe. Für grundsätzliche Überlegungen hierzu vgl. Persson und Tabellini (1996).

<sup>10</sup> Diesen Anreizproblemen könnten nach Ansicht von Persson und Tabellini (1996) allenfalls EU-finanzierte konditionale Beihilfen Abhilfe schaffen.

genzkriterium des Artikels 104 EGV in Verbindung mit dem dazugehörigen Protokoll (3 % Defizit zum BIP und 60 % Verschuldung zum BIP) eingeschränkt. Theoretisch handelt es sich zwar um ein flexibles Instrument. In der Realität jedoch ist dieses Instrument auch wegen der verzögerten Möglichkeit zur Reaktion (unter anderem Erkennungs- und parlamentarische Implementierungs- und Durchführungsverzögerung) weitaus weniger flexibel.

Dennoch kann die Frage aufgeworfen werden, ob nationaler Fiskalpolitik in einer Währungsunion Grenzen gesetzt werden sollten oder müssen. Die Befürworter begründen dies unter anderem mit dem Argument, dass nationale Nachfragesteuerung über fiskalpolitische Maßnahmen Spillover-Effekte auf andere Staaten auslöst, wobei der Effekt auf die Inlandsnachfrage positiv, der Effekt auf die Nachfrage in den anderen EU-Staaten bei einer hohen Zinselastizität der Nachfrage auch negativ sein kann. Zweitens wird befürchtet, dass durch ein zu hohes Defizit bzw. zu hohe öffentliche Verschuldung Druck auf die Zentralbank in einer Währungsunion entstehen könnte, indem sie gezwungen wird, niedrige Zinsen sicherzustellen, um die Zinslast des Staates zu verringern. Drittens ist nationale Fiskalpolitik i. d. R. kurzfristig und an (nationalen) Wählerinteressen orientiert.

Die Kürzung öffentlicher Ausgaben zugunsten anderer EU-Staaten, in denen die Nachfrage zu stark ist, stößt so selbst in Zeiten konjunktureller Erholung auf Widerstand. Das Instrument der nationalen Fiskalpolitik ist – wie empirische Untersuchungen zu nationalen politischen Konjunkturzyklen in der Regel zeigen – außerordentlichem politischen Druck ausgesetzt. Irland ist hierfür ein gutes Beispiel. Die Überhitzung der irischen Volkswirtschaft im Vorfeld und auch noch nach dem Start der EWWU erforderte eigentlich mit hoher Dringlichkeit Aktivität von der fiskalischen Seite (Gros et al. 2002: Kapitel 3). Das Ziel, übermäßige Haushaltsdefizite zu vermeiden, ist also aus verschiedenen Gründen erstrebenswert. Jedoch muss angezweifelt werden, ob die Referenzwerte, auf die in Artikel 104 EGV Bezug genommen wird, für alle EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen sinnvoll sind.

Bedeutet diese Einschränkung der Flexibilität bei der Bekämpfung asymmetrischer Schocks mittels diskretionärer nationaler Fiskalpolitik nun eine Reduktion in der Wirksamkeit? Beinhaltet also der Stabilitäts- und Wachstumspakt Restriktionen für die Fiskalpolitik? Wenn man die Zahl der Stufen des Sanktionsmechanismus betrachtet, bevor Strafmaßnahmen ergriffen werden können, und wenn man sich die Zahl und die Zusammensetzung der beteiligten Institutionen ansieht, kann man leicht feststellen, dass es – bis zu rechtlich verbindlichen Entscheidungen des ECOFIN-Rates im Falle einer Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – Verzögerungen bis zu einem Jahr und mehr geben wird – vorausgesetzt, es kommt überhaupt zu Sanktionen.

Wie diese fiskalpolitischen Regelungen in der Tagespolitik aus nationalen bzw. parteipolitischen Interessen (kurzfristig) umgangen werden können, hat das Beispiel Deutschland gezeigt. Nach der Empfehlung der Kommission an den (ECOFIN-)Rat, eine Frühwarnung an Deutschland wegen drohender Verletzung der Maastrichter Konvergenzkriterien auszusprechen, hat die Bundesregierung dem Rat mehrere wirtschaftspolitische Zusagen in Form von Absichtserklärungen erteilt, aufgrund derer von einer Warnung abgesehen wurde. Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Stoiber hatte jedoch bereits erklärt, sich an diese Zusagen im Falle eines Wahlsiegs nicht gebunden zu fühlen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt begrenzt also in seiner gegenwärtigen Form den fiskalpolitischen Handlungsspielraum der nationalen Regierungen, ist jedoch mit einem nur wenig wirksamen Sanktionsmechanismus ausgestattet.

Von Hagen (2002) kommt zu dem Schluss, dass eine Überarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Steigerung der Effektivität notwendig ist. Insbesondere sollte eine Überarbeitung zwei Punkte beinhalten: Einerseits sollte den nationalen Regierungen ein größerer Handlungsspielraum für ihre kurzfristigen fiskalpolitischen Maßnahmen gegeben werden. Andererseits ist die Kontrolle der nationalen Haushaltsdisziplin zu stärken, indem eine vom Rat und von den nationalen Regierungen unabhängige Institution die Haushaltslage in den Mitgliedstaaten prüft und darüber entscheidet. Nach von Hagen kämen hierfür entweder ein unabhängiger „Rat für Haushaltsstabilität“ oder die Europäische Zentralbank infrage.

Für eine Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes tritt auch Uhlig (2002) ein. Er begründet dies mit der Verhinderung eines Free-rider-Verhaltens der nationalen Regierungen. Angenommen, Inflation sei eine Funktion des Staatsdefizits, das einen Nachfrageeffekt auslösen soll. Die Zentralbank reagiert auf die Zunahme der Inflation mit einer Erhöhung der Zinsen. So kann ein Defizit in einem Land zu Zinserhöhungen in allen anderen Ländern der Währungsunion führen. Auf diese Weise internalisiert ein Land die Auswirkungen eigener expansiver fiskalpolitischer Maßnahmen auf andere Länder der Währungsunion nicht vollständig.

Die Forderung nach einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird jedoch durch Untersuchungen von Gros et al. (2002) relativiert. Sie stellen fest, dass die positive Wirkung diskretionärer Fiskalpolitik zur Stabilisierung der Konjunktur angesichts kurzfristiger Nachfrageschocks sehr begrenzt ist. Seit den 70er Jahren hat die Effektivität der Fiskalpolitik als ein Mittel der Nachfragesteuerung stetig abgenommen. Ein Anstieg der Staatsausgaben hat heutzutage nur noch wenig Auswirkungen auf die Höhe der Gesamtnachfrage. Dies kann damit begründet werden, dass die private Nachfrage wegen der antizipierten höheren Steuer- und Zinsbelastungen („die Staatsausgaben müssen finanziert werden“) im Zuge steigender Staatsausgaben sinkt („Contractionary-fiscal-expansion-Hypothese“; Giavazzi und Pagano 1990). Folglich sollte auch der Versuchung widerstanden werden, nationale Fiskalpolitiken in der Eurozone stärker als bisher zu koordinieren. Auch die gegenwärtig installierten Prozeduren, auf europäischer Ebene Fiskalpolitik zu diskutieren, oder gar die Schaffung einer neuen Organisation zur Steuerung und Koordinierung der Nachfragepolitik auf europäischer Ebene erscheinen vor diesem Hintergrund von geringem Nutzen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine Veränderung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – wenn überhaupt – nur in Richtung einer Stärkung der Bestimmungen durchgeführt werden sollte. Was bedeutet die gegenwärtige Ausgestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für die diskretionäre Haushaltspolitik der EU-Mitgliedstaaten? Solange die auftretenden asymmetrischen Schocks nur vorübergehender Natur sind, dürfte für die nationale Fiskalpolitik kein Problem auftreten, da kurzfristige Defizite über den Kapitalmarkt finanziert werden können. Gibt es jedoch länger anhaltende Asymmetrien zwischen europäischen Ländern, ist die Hilfe der Europäischen Union notwendig. Wie in Abschnitt 2.2 bereits erörtert, lehnen die Verfasser ein Finanzausgleichssystem zwischen den Mitgliedstaaten der EU ab. Infrage kommen würden dagegen Transferzahlungen aus dem EU-Budget im Einzelfall, die nicht die Einkommensniveaus angleichen, sondern eine Art Versicherung gegen regionenspezifische Schocks darstellen sollen.

Diese Möglichkeit wird im folgenden Abschnitt 4.2 kurz diskutiert. Permanente Disparitäten können allerdings nicht für immer finanziert werden. Hier muss eine Angleichung über Veränderungen der Reallöhne bzw. über Migration erfolgen.

## 4.2 Transfers aus dem EU-Budget

Das zweite Instrument könnte aus rein technischer Sicht (im Gegensatz zu einer public-choice-theoretischen Sicht, welche die Anreizprobleme der Anwendung eines derartigen Instruments betont) eine gewisse Rolle bei der Absorption asymmetrischer Schocks spielen. Spezifische Transfers an Regionen im Falle spezifischer Schocks könnten in Gestalt von Barzahlungen nach einem bestimmten Schlüssel, in Form von an bestimmte Projekte gebundenen Transfers oder durch von der Europäischen Investitionsbank abwickelbare Darlehen bzw. Subventionen erfolgen. Folglich kann die Finanzierung rein technisch gesehen direkt aus den Steuereinnahmen oder durch eine staatliche Kreditaufnahme realisiert werden.<sup>11</sup> Unter diesen Möglichkeiten ist der so genannte „Stabilisierungsfonds“ des Artikels 100 Abs. 2 EGV zu betrachten. Zur Erläuterung sei hier der Wortlaut des Artikels 100 Abs. 2 EGV<sup>12</sup> wiedergegeben:

„Ist ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen, dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanziellen Beistand der Gemeinschaft zu gewähren. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament über den Beschluss.“

Welche Eigenschaften sollte ein europäischer Stabilisierungsfonds aufweisen? Die Antwort hierauf ist bereits implizit in den vorstehenden Ausführungen enthalten. In diesen wurde einem derartigen national ausgerichteten Fonds große Skepsis entgegengebracht. Insbesondere dürfte es schwierig sein, einen Mechanismus zu entwerfen, der nicht zu „moral hazard“ führt. Darüber hinaus wurde angezweifelt, dass ein derartiger Mechanismus notwendig ist, denn bei gravierenden i. e. S. exogenen Schocks handelt es sich eher um seltenere und regionenspezifische Ereignisse. Kletzer und von Hagen (2000) kommen zu dem Ergebnis, dass die Stabilisierung des regionalen Konsums der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzuziehen ist, da hierfür wegen der geringeren Sensitivität des Konsums in Bezug auf vorübergehende Schocks geringere Transfervolumina benötigt werden.

Ein weiteres für unsere Fragestellung bedeutsames Resultat von Kletzer und von Hagen ist, dass Transferzahlungen an Regierungen Anreize schaffen, Arbeitsmarktreformen durchzuführen, dass direkte Transferzahlungen an Haushalte solche Arbeitsmarktreformen jedoch eher verhindern. Ein Vergleich mit dem „Stabilisierungsfonds“ des EGV zeigt, dass mit diesem Instrument beiden Teilaspekten des Ergebnisses von Kletzer, von Hagen Rechnung getragen wird: Es geht im Prinzip um intergouvernementale Transfers, die erfahrungsgemäß eher auf das Ausmaß des Konsums als auf die Höhe der Arbeitslosigkeit abstellen.

## 5 Resümee und Ausblick

Im vorliegenden Beitrag wurden die Eignung und die Sinnhaftigkeit fiskalischer Transfermechanismen in Euroland zur Absorption asymmetrischer Schocks diskutiert. Dabei kommen die Verfasser zu dem Ergebnis, dass die automatischen Stabilisatoren keine Gefahr für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes darstellen, aber auch aufgrund des

<sup>11</sup> Zu den public-choice-theoretischen Problemen einer derartigen Lösung vgl. Belke und Gros (1998), Courchene (1993) und Vaubel (1992).

<sup>12</sup> In der durch den Vertrag von Nizza geänderten Fassung.

geringen Volumens keine ausreichende stabilisierende Wirkung entfalten. Auch automatische Transfers durch das EU-Budget können wegen der geringen Summen im Vergleich zu den notwendigen Beträgen asymmetrische Schocks nicht wirksam bekämpfen.

Ein viel diskutierter Mechanismus ist ein Finanzausgleichssystem auf europäischer Ebene. Dieses müsste jedoch auf Regionen und nicht auf mitgliedstaatliche Ebenen bezogen sein, um (regionalen) asymmetrischen Schocks entgegentreten zu können. Es lässt sich allerdings keine Notwendigkeit herleiten, einen neu konstruierten Mechanismus zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks einzuführen, da dies zu „moral hazard“ führen würde, insofern als Länder mehr Risiken eingehen würden.

Schließlich kommen hauptsächlich diskretionäre institutionelle Anpassungsmechanismen an asymmetrische Schocks infrage. Solange diese Schocks nur vorübergehender Natur sind, ist die Stabilisierungsaufgabe von der nationalen Fiskalpolitik zu übernehmen. Kurzfristige Defizite können dabei über den Kapitalmarkt finanziert werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt begrenzt hierbei die nationale Fiskalpolitik auf sinnvolle Weise und bedarf keiner Reform (allenfalls einer Stärkung, insbesondere des Sanktionsmechanismus). Eine verstärkte Koordinierung der nationalen Fiskalpolitiken ist ebenso abzulehnen, da sich kein signifikanter Einfluss der Fiskalpolitik auf die Inflation erkennen lässt (Gros et al. 2002).

Bei länger anhaltenden Asymmetrien zwischen europäischen Ländern schlagen die Verfasser Transferzahlungen aus dem EU-Budget im Einzelfall vor, die eine Versicherung gegen regionenspezifische Schocks darstellen. Des Weiteren wurde untersucht, wie ein solcher „Stabilisierungsfonds“ ausgestaltet sein sollte und welche Implikationen dieser haben würde. Permanente Disparitäten können allerdings nicht für immer finanziert werden. Hier muss eine Angleichung über Veränderungen der Reallöhne bzw. über Migration erfolgen.

Einige Vorarbeiten der Verfasser kommen aus unterschiedlicher Perspektive zu dem Ergebnis, dass länderbezogene Mechanismen aufgrund des in Euroland regionalen Charakters bedeutender asymmetrischer Schocks sowie der trotz einer einheitlichen Geldpolitik abnehmenden Bedeutung asymmetrischer Schocks (als endogenem Kriterium optimaler Währungsräume) schon aus ökonomischer Sicht wenig Sinn machen. Allerdings haben alle Mechanismen bzw. Maßnahmen zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks in Euroland bzw. in der Europäischen Union trotz ihrer stabilitätspolitischen Zielsetzung zum Teil erhebliche negative Auswirkungen. Diese sind beispielsweise durch eine nur geringe Stabilisierungseffizienz der „fiscal insurance“ begründet. Die Ökonomische Theorie des Föderalismus gibt uns Handlungsempfehlungen, insbesondere zu einer Verteilung von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenhoheit, die allokativ effiziente Ergebnisse staatlicher Bekämpfung asymmetrischer Schocks erzeugt. Konkret heißt dies, dass Finanztransfers zur Absorption asymmetrischer Schocks grundsätzlich sinnvoll sind, dass diese jedoch von derjenigen staatlichen Gebietskörperschaft durchgeführt werden sollen, die auch die Nutzer aus der Schockabsorption umfasst. In der Regel wird dies die nationalstaatliche Ebene, in Zukunft wegen des Charakters der Bekämpfung asymmetrischer Schocks als einem öffentlichen Gutes möglicherweise in zunehmendem Maße aber auch die europäische Ebene sein.

Trotz dieser Diagnose verweist die in diesem Beitrag vorgenommene Analyse auf der Grundlage der Theorie optimaler Währungsräume und der Neuen Politischen Ökonomie

deutlich auf die Gefahren einer zentralistischen Lösung. Auch die andauernden Diskussionen zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten über eine Neuordnung der Finanzbeziehungen – Stichwort „EU-Steuerhoheit“ – offenbaren eine deutliche Skepsis gegenüber einer weitgehenden Verlagerung von fiskalischen Kompetenzen auf die EU-Ebene, eine abnehmende Konsensbereitschaft sowie die Betonung nationaler bzw. parteipolitischer Eigeninteressen auf Kosten des europäischen Integrationsgedankens und wirtschaftswissenschaftlich sinnvoller Lösungen. Eine Einigung wird auch dadurch erschwert, dass wichtige Entscheidungsmuster der – zum großen Teil eigennützig handelnden – Politiker in Zurückhaltung gegenüber Veränderungen, Gleichbehandlung und Besitzstandswahrung – verbunden mit der Vertagung von Konflikten oder deren Verschiebung in andere Regelungsbereiche, in denen ein Kompromiss leichter zu finden ist –, bestehen (Lenk 1999: 13).

Hoffnungen weckt der Europäische Konvent<sup>13</sup>, der unter anderem auch eine Neuordnung der Kompetenzverteilung zwischen europäischer und nationalstaatlicher Ebene diskutiert, sowie die sich anschließende Regierungskonferenz im Jahre 2004, die sich ebenfalls mit der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip beschäftigt.

Die zukünftig stattfindende Forschung wird vor der anspruchsvollen Aufgabe stehen, die in unterschiedliche Richtungen tendierenden Aussagen bezüglich (a) des geeigneten Zentralisierungsgrads und (b) des Ausmaßes der Regelbindung bei der fiskalischen Bekämpfung asymmetrischer Schocks gegeneinander abzuwägen. Regionenbezogene empirische Untersuchungen zur Effektivität diskretionärer Fiskalpolitiken bei der Stabilisierung asymmetrischer Schocks, die bisher aufgrund der unzureichenden Datenlage weitgehend unterblieben sind, könnten künftig wegweisend sein. Erste empirische Ergebnisse auf diesem Gebiet deuten an, dass diese Effektivität in den wichtigsten westlichen Industrieländern eher gering ausfällt bzw. die anfänglichen Effekte einer diskretionären expansiven Fiskalpolitik sogar negativ ausfallen können.<sup>14</sup>

## Literaturverzeichnis

- Angeloni, Ignazio und Luca Dedola (1999): *From the ERM to the Euro: New Evidence on Economic and Policy Convergence Among EU Countries*. ECB Working Paper 4. Frankfurt a. M.
- Begg, David K., Jürgen von Hagen, Charles A. Wyplosz und Klaus F. Zimmermann (Hrsg.) (1998): *EMU: Prospects and Challenges for the Euro*. Oxford.
- Belke, Ansgar (1999): Asymmetrische Schocks in der EWU: Zum Bedarf an finanzpolitischen Anpassungsmechanismen. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 44, 201–234.
- Belke, Ansgar, Carsten Eppendorfer und Jens Heine (2002): Zur Bedeutung unterschiedlicher Finanzmarktstrukturen für den geldpolitischen Transmissionsprozess in der EWU. *Wirtschaftsdienst*, 82, 435–444.

<sup>13</sup> Konstituierende Sitzung am 28. Februar 2002; geplantes Beratungsende Frühjahr 2003.

<sup>14</sup> Bisher stehen Quartalsdaten in disaggregierter Form nur für die USA für den Staatssektor in der über die Zentralregierung hinausgehenden Abgrenzung „general government“ zur Verfügung. Für die anderen Länder muss mit statistischen Hilfsgrößen gearbeitet werden. Vgl. Gros et al. (2002 : Kapitel 3).

- Belke, Ansgar und Daniel Gros (1998): Asymmetric Shocks and EMU: Is a Stability Fund Needed? *Intereconomics – Review of International Trade and Development*, 33, 274–288.
- Belke, Ansgar und Daniel Gros (2001): Real Impacts of Intra-European Exchange Rate Variability: A Case for EMU? *Open Economies Review*, 12, 231–264.
- Belke, Ansgar und Jens Heine (2001): *On the Endogeneity of an Exogenous OCA-Criterion: The Impact of Agglomeration on the Synchronisation of Regional Business Cycles in Europe*. HWWA Discussion Paper No. 119. Hamburg.
- Belke, Ansgar und Martina Kamp (1999): When Do Labour Market Reforms Achieve a Double Dividend? Discretionary versus Rule Based Monetary Policy Revisited. *Journal of Economic Integration*, 14 (4), 572–605.
- Belke, Ansgar und Wim Kösters (2000): Asymmetrische Schocks, Arbeitsmärkte und finanzpolitische Anpassung in der EWU. In: Berg, Helmut (Hrsg.): *Arbeitsmarkt und Beschäftigung: Deutschland im internationalen Vergleich*. Schriften des Vereins für Socialpolitik, 272. Berlin, 39–75.
- Blanchard, Olivier J. und Lawrence F. Katz (1992): Regional Evolutions. *Brookings Papers on Economic Activity*, 1, 1–75.
- Caesar, Rolf (2001): EMU and Intra-European Fiscal Transfers. In: Caesar, Rolf und Hans-Eckart Scharrer (Hrsg.): *European Economic and Monetary Union: Regional and Global Challenges*. Baden-Baden, 133 ff.
- Calmfors, Lars (2001): Unemployment, Labor Market Reform, and Monetary Union. *Journal of Labor Economics*, 19 (2), 265–289.
- Christodoulakis, Nicos, Sophia P. Dimelis und Tryphon Kollintzas (1995): Comparisons of Business Cycles in the EC: Idiosyncracies and Regularities. *Economica*, 245, 1–27.
- Courchene, Thomas J. (1993): *Reflections on Canadian Federalism: Are There Implications for the European Economic and Monetary Union?* European Economy, Report and Studies. Brüssel.
- European Economic Review*, 39, 1627–1655.
- Decressin, Jorg und Antonio Fatás (1995): Regional Labour Market Dynamics in Europe.
- Dornbusch, Rudiger, Carlo Bavero und Francesco Giavazzi (1998): Immediate Challenges for the European Central Bank. In: Begg, David K., Jürgen von Hagen, Charles A. Wyplosz und Klaus F. Zimmermann (Hrsg.): *EMU: Prospects and Challenges for the Euro*. Oxford, 17–52.
- Eichengreen, Barry (1993): Labour Markets and European Monetary Unification. In: Masson, Paul und Mark P. Taylor (Hrsg.): *Policy Issues in the Operation of Currency Unions*. Cambridge, 130–162.
- Fatás, Antonio (1997): EMU: Countries or Regions? Lessons from the EMS Experience. *European Economic Review*, 41, 743–751.
- Fatás, Antonio (1998): Discussion of Blanchard, Peri. In: Begg, David K., Jürgen von Hagen, Charles A. Wyplosz und Klaus F. Zimmermann (Hrsg.): *EMU: Prospects and Challenges for the Euro*. Oxford, 251–254.
- Forni, Mario und Lucrezia Reichlin (1997): *National Forces and Local Economies: Europe and the United States*. CEPR Discussion Paper 1632. London.
- Frankel, Jeffrey und Andrew K. Rose (1998): The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria. *Economic Journal*, 108, 1009–1025.
- Giavazzi, Francesco und Marco Pagano (1990): Can Severe Fiscal Contractions Be Expansionary? Tales of Two Small European Countries. NBER Macroeconomics Annual 5. Cambridge.

- Giorno, Claude et al. (1995): Potential Output, Output Gaps and Structural Budget Balances. *OECD Economic Studies*, 24, 167–209.
- Greenwood, Michael J. (1975): Research on Internal Migration in the United States: A Survey. *Journal of Economic Literature*, 13, 397–444.
- Greenwood, Michael J. (1985): Human Migration: Theory, Models and Empirical Studies. *Journal of Regional Science*, 25, 521–544.
- Gros, Daniel, Juan Jimeno, Carlo Monticelli, Guido Tabellini und Niels Thygesen (2002): Fiscal and Monetary Policy for a Low-Speed Europe. 4<sup>th</sup> Annual Report of the CEPS Macroeconomic Policy Group. Brüssel.
- Gros, Daniel und Niels Thygesen (1998): *European Monetary Integration*. 2. Aufl. Harlow.
- Grüner, Hans Peter und Carsten Hefeker (1999): How Will EMU Affect Inflation and Unemployment in Europe? *Scandinavian Journal of Economics*, 101 (1), 33–47.
- Hagen, Jürgen von (2002): *More Growth for Stability – Reflections on Fiscal Policy in Euroland*. ZEI-EMU Monitor, Background Paper, June 2002. Bonn.
- Hagen, Jürgen von und Susanne Mundschenk (2002): *Fiscal and Monetary Policy Coordination in EMU*. Paper presented at the Conference on “Monetary Union: Theory, EMU Experience, and Prospects for Latin America”, 14.–15. April 2002, Wien.
- Kletzer, Kenneth und Jürgen von Hagen (2000): *Monetary Union and Fiscal Federalism*. CEPR Working Paper 2615. London.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1997): Annual Report for 1997. European Economy 63. Brüssel.
- Lenk, Thomas (1999): *Kooperativer Föderalismus – Wettbewerbsorientierung Föderalismus*. Diskussionsbeiträge 7/99 der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig.
- Mélicitz, Jacques (1997): *Some Cross-Country Evidence About Debt, Deficits and the Behaviour of Monetary and Fiscal Authorities*. CEPR Discussion Paper 1653. London.
- Metten, Alman (1998): Draft Report on “Asymmetric Shock or Shock Specific to One Country” (INI0972). European Parliament, Part B: Explanatory Statement, Committee on Economic and Monetary Affairs and Industrial Policy, 16 Juli 1998. Brüssel.
- Mojon, Benoît (2000): *Financial Structure and the Interest Rate Channel of ECB Monetary Policy*. ECB Working Paper 40. Frankfurt a. M.
- Obstfeld, Maurice (1985): Floating Exchange Rates: Experience and Prospects. *Brookings Papers on Economic Activity*, 2, 369–464.
- Obstfeld, Maurice und Giovanni Peri (1998): Asymmetric Shocks: Regional Non-Adjustment and Fiscal Policy. In: Begg, David K., Jürgen von Hagen, Charles A. Wyplosz und Klaus F. Zimmermann (Hrsg.): *EMU: Prospects and Challenges for the Euro*. Oxford, 205–247.
- Oswald, Andrew (1997): *A Conjecture on the Explanation for High Unemployment in Industrialised Countries: Part I*. Paper Presented at the EALE Conference, September. Aarhus.
- Patterson, Ben und Simona Amati (1998): *Adjustment within the Single Currency Area in Response to Asymmetric Shocks*. Economic Affairs Series ECON-104, Working Paper, European Parliament, Directorate-General for Research, August. Brüssel.
- Pelagidis, Theodore (1996): Optimum Currency Area Approach and the Third Stage of EMU: A Review of Recent Evidence. *Rivista Internazionale di Scienze Economiche e Commerciali*, 43, 759–789.
- Persson, Torsten und Guido Tabellini (1996): Federal Fiscal Constitutions: Risk Sharing, and Redistribution. *Journal of Political Economy*, 104, 979–1009.



- Rose, Andrew K. (1998): Comments on Dornbusch, Rudiger, Favero, Carlo, Giavazzi, Francesco (1998): Immediate Challenges for the European Central Bank. In: Begg, David K., Jürgen von Hagen, Charles A. Wyplosz und Klaus F. Zimmermann (Hrsg.): *EMU: Prospects and Challenges for the Euro*. Oxford, 57–61.
- Uhlig, Harald (2002): One Money, But Many Fiscal Policies in Europe: What Are the Consequences? CEPR Discussion Paper 3296. London.
- Vaubel, Roland (1992): Die politische Ökonomie der wirtschaftlichen Zentralisierung in der Europäischen Gemeinschaft. *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*, 11, 30–65.